

Vossische



Zeitung

Gründet

1704

Einzelnummer 20 Pf.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 *

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Die Verbündeten zur französischen Aktion

Die Herrschaft des Misstrauens

Im Industriegebiet vollzieht sich in diesem Augenblick eine erschütternde Tragödie des Misstrauens. Im ganzen Bezirk hat eine Fluchtbewegung der Leute eingesetzt, die irgendwie an den Ereignissen der letzten Wochen beteiligt waren. Mindestens 1500 bis 2000 Personen sind unterwegs nach dem besetzten Gebiet, mit der Parole, die Waffen „lieber dem Tommy, als der Reichswehr“ auszuliefern. Wir haben in den heutigen Mittagsstunden mit dem Oberbürgermeister von Hagen, Cuno, gesprochen, der, dank seiner Haltung während der ganzen Bewegung, als der Vertrauensmann der gesamten Bevölkerung angesehen werden kann. Nach seinen bestimmten Erklärungen ist diese Massenflucht durch keine äußere Tatsache begründet. Er bezeichnet sie als eine Psychose der Angst, hervorgerufen durch die Schilderungen des „weißen Terrors“, die in den letzten Tagen vielfach verbreitet worden waren. Er bestätigt, daß die Truppen im allgemeinen korrekt vorgegangen seien, und daß nur dort, wo mit der Waffe in der Hand Widerstand geleistet wurde, scharf durchgegriffen worden sei. Trotzdem sind die Leute nicht zu halten. Sogar Angehörige der Hagener Ortswehr, die von der Behörde ordnungsgemäß mit der weißen Binde ausgestattet wurden und ohne allen Zweifel unter die Amnestie fallen, laufen mit der großen Schaar der Flüchtlinge. Und das in einem Augenblick, wo nach Ansicht der berufener Kenner im Industriegebiet die Gefahr weiterer Verwicklungen als beseitigt, die Wiederkehr der Ordnung als gesichert gilt.

Die Engländer empfangen die Flüchtlinge, soweit ihnen in Neuheit nicht schon die Waffen abgenommen sind, auf Solinger Gebiet und beschlagnahmen die Waffen, Kraftwagen und sonstigen Geräte. Die Leute selbst werden freigelassen. Mit einem Aufschrei. Kein Engländer wird einen Vorgang begreifen, bei dem die fremde Militärmacht, die auf deutschem Boden ein Zwingert aufgerichtet hat, als Schützer gegen die eigenen Landsleute betrachtet wird. Solches ungeheuerliches Maß von Geistesverwirrung zeigt dieser Vorgang an! Man billig wäre es, diesen „Sparksiten“ einfach das vaterländische Gefühl abzusprechen. Die Krankheit, deren Symptom dieses fürchterliche Misstrauen bildet, liegt tiefer. Und es muß leider gesagt werden, daß allzu viel Zeit versäumt worden ist, sie zu heilen.

Man hat das Misstrauen eine demokratische Tugend genannt. Das mag sie in einem absolutistischen Staat sein. Dort aber, wo die Demokratie herrscht, ist ihre Voraussetzung und Wurzel das Vertrauen. Die Untergrabung dieses Vertrauens, das freilich durch Leistungen verdient sein will, ist nur dann eine vernunftgemäße Handlung, wenn sie von solchen Parteien und Personen betrieben wird, die an die Stelle der Demokratie ein anderes System — Monarchie, Diktatur des Militärs oder des Proletariats — setzen wollen. Bei uns aber beteiligen sich auch die sogenannten Regierungsparteien an der Opposition, ganz als ob noch immer eine von ihnen losgelöste „Obrigkeit“ schalte und walte. Das demokratische Regierungssystem kann nicht Wurzel fassen, wenn nicht die Parteien und Staatsbürger, die diese Regierungsform bejahen, die volle Mitverantwortung fühlen, tragen und übernehmen. Woher soll das Vertrauen aufgeweget und aufgereizter Bevölkerungssystemen kommen, wenn die Organe der Regierungsparteien von Misstrauen in die eigene Regierung erfüllt sind, in ihre Kraft und Fähigkeit, gerecht und stark ihres Amtes zu walten.

Einige Tage erst sind vergangen, seit der Reichskanzler Müller ein Kabinett unter Zustimmung der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen gebildet hat. Und heute schon erlassen dieselben Organisationen eine Rundgebung, die in normalen Verhältnissen eine neue Kabinettkrise herbeiführen müßte. Denn unter den Unterzeichnern befindet sich auch die Sozialdemokratische Partei, deren Führer an leitender Stelle im Ministerium sitzen. Die Rundgebung, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergehen, gipfelt in der auch außenpolitisch bedeutsamen Forderung, daß die Reichswehr aus dem neutralen Gebiet zurückgezogen werde.

Dieser Schritt einer Anzahl einflussreicher Verbände ist ein Symptom schwerer innerer Zersetzung. Keinesfalls ein Mittel der Heilung. Es ist ganz unmöglich, daß die Gruppen, die bei der Führung und Beendigung des Generalstreiks beteiligt waren, nunmehr eine Art von Suspensiv-Beto ausüben können. Ueber die Forderungen ließe sich im einzelnen reden. Die gegenrevolutionären Machenschaften haben das Volk in seiner tiefsten Aufgewühltheit, und die Kampfrufe gegen den Bolschewismus, mit denen rechtsstehende Kreise die Erinnerung an den Lüttich-Bußschuß auszulösen versuchten, haben die Befürchtungen gesteigert, daß alles beim alten bleibe und die Gefahr verstärkt wiederkehren könne. Der psychologische Hintergrund der Gewerkschaftsforderungen ist

verständlich. Und trotzdem muß gesagt werden: So geht es nicht. Es darf keine Nebenregierung geben, keine unverantwortlichen Ratgeber. Wer regiert und mitregiert, muß Verantwortung tragen. Wenn die Herren Legien und Crispian der Meinung sind, daß die Regierung den Schutz der Republik nicht wirksam zu machen versteht, so müssen sie das sagen und die Forderung stellen, daß man sie selbst damit beauftragt, die Forderungen, die sie erheben, in die Tat umzusetzen. Als eine bloße Petition, als eine Resolution kann man die Erklärung der Gewerkschaften nicht auffassen. Dazu sind die Dinge zu ernst. Herr Legien hat am Montag, den 29. März, ausdrücklich der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Was er jetzt unterschreibt, ist das Gegenteil einer Vertrauenskundgebung. Und das alles in Abwesenheit des Parlaments, das allerdings, wie gestern vernehmbar wurde, früher als vorgesehen einberufen werden soll, und zwar voraussichtlich bereits zum Sonnabend.

Aus dieser völligen Verwirrung ribt es nur einen Ausweg. Die Mitwirkung der schaffenden Kräfte des Volkes, die so gebieterisch gefordert wird, muß aus dem jetzigen Stadium eines ungeordneten und unverantwortlichen Hineinreibens herausgehoben und in eine verfassungsmäßige Mitwirkung umgewandelt werden. Dann kann auch verhindert werden, daß die Auswahl der Organisationen, die sich für berechtigt und verpflichtet halten, ihre Stimme zu erheben, nach Laune und Willkür erfolgt. Es ist klar, daß ein solcher Aufbau der schaffenden Arbeit bis hinauf zur „Kammer der Arbeit“ nicht im Handumdrehen durchgeführt werden kann. Sie zur programmatischen Forderung zu erheben und klar herauszuarbeiten, wäre eine würdige Aufgabe für die Unterzeichner der Rundgebung. Statt dessen begnügen sie sich mit Augenblicksäußerungen und mit Augenblicksmitteln, die nur die Verwirrung und Beunruhigung vermehren. . . .

Die Flucht in das besetzte Gebiet ist kennzeichnend für die Gemütsstimmung weiter Kreise, nicht nur der radikalen Arbeiterschaft. Die Hoffnung auf fremde Hilfe, auf fremde Versprechungen entspringt derselben Wurzel. Ein Volk, das aus seiner Mitte keine unbeskränkten anerkannten Autoritäten hervorbringt, kann sich nicht selbst regieren und wird zum Opfer fremden Willens. J. E.

Italiens Desinteressement.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 7. April.

Der in London weilende Minister des Neuen Sca. Ivo ist, wie wir aus gutunterrichteter Quelle gesagt wird, heute dröhnend aufgeföhrt worden, dem französischen Ministerialdirektor Valolegue mitzuteilen, Stalien billige das französische Vorgehen gegen Deutschland nicht, da die Ordnung der Wirren im Ruhrgebiet eine innere Angelegenheit Deutschlands sei. Gleichzeitig wird versichert, daß ein gemeinsamer offizieller Schritt Italiens und Englands in gleichem Sinne erfolgen soll.

Die gestrige Abendpresse rückt etnuklig von dem französischen Vorgehen gegen Deutschland ab und zieht eine scharfe Linie zwischen der französischen Auffassung und der italienischen Beurteilung der Lage. Soweit Frankreich allein in Betracht komme, könne es Stalien gleichgültig sein, ob es, statt an einer Versöhnung mitzuwirken, neuen Haß aufhäufe. Bedenke man jedoch, daß Deutschland mit seinem energischen Vorgehen gegen die Räubersführer vielleicht Europa abermals vor dem Bolschewismus rette, so sei es eine Verpflichtung, zu erklären, daß Stalien sich nicht nur desinteressiere, sondern das französische Vorgehen offen sabotiere. In der nationalistischen Presse wird die Angelegenheit in ähnlichen Ausführungen betrachtet. Nunmehr hätten England in Kospoll und Frankreich in Deutschland gegen die Konferenzmehrheit ihren eigenen Willen durchgesetzt, nur Stalien zögere, in der Wriafrage ein gleiches zu tun.

* Lugano, 6. April.

Die beiden maßgebenden Blätter Mailands nehmen mit aller Schärfe gegen Frankreichs Vorgehen gegenüber Deutschland Stellung. Der sonst sehr franzosenfreundliche „Secolo“ behauptet, daß die von Frankreich zur Begründung seines militärischen Eingreifens angeführten Artikel des Friedensvertrages sich nur auf die Erneue-

rung eines deutschen Einfalls in Frankreich beziehen, aber nicht auf die Unterdrückung eines Aufstandes in Deutschland selbst. Trotzdem alle Verbündeten Frankreichs abgeraten hätten, bliebe es hartnäckig und erwecke den Eindruck, daß es die ihm gebotene Gelegenheit benutze, um militärische Ziele zu verfolgen. Jedenfalls müßten die Franzosen allein gelassen werden, und niemand werde in Stalien für die geringste materielle oder auch nur moralische Unterstützung eintreten.

„Genug von Foch!“

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

gh Paris, 7. April.

Der „Matin“ teilt mit, daß Fomberg wahrscheinlich erst heute befehrt werde. Das Blatt fährt dann fort: „Die italienische öffentliche Meinung zeigt ein bebauerliches Misstrauen uns gegenüber.“ „Genug von Foch“, so erklärt der „Secolo“, der im Oktober 1917 ganz anders sprach, als Foch der italienischen Kammer, die sich in vollem Rückzuge befand, nützliche Direktiven gab. Die öffentliche Meinung Italiens ist die eines Volkes, das von Deutschland nichts zu fordern hat und nur europäische Konflikte befürchtet, jedenfalls ist es besser, erst die Meinungsäußerung der italienischen Regierung abzuwarten, die sicherlich ganz anders ausfallen dürfte. Ein ansehnlicher Teil der englischen Presse begreift vollkommen den Zweck unserer Aktion. Bei der Abwesenheit des Premiers Lloyd George konnte das Auswärtige Amt in London natürlich nichts weiter tun, als die Mitteilung des französischen Botschafters Cambon zu den Akten zu nehmen. Es ist zweifelhaft, ob wir bei England auf Schwierigkeiten stoßen werden, aber es ist auch sehr zweifelhaft, ob es uns eine wirksame Unterstützung nötigenfalls geben wird. Die englische Regierung denkt zuerst an die Ereignisse in Irland und betrachtet die Vorgänge auf dem Kontinent mit seinen traditionellen Blicken. Trotz der Note des Präsidenten Wilson ist die öffentliche Meinung in Amerika sicherlich nicht so schleichend, wie man befürchten konnte, und der Botschafter in Paris hatte gestern eine lange und, wie man sagt, freundschaftliche Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Millerand. Im allgemeinen scheinen unsere Mitiertern vor die vollendete Tatsache gestellt, nichts tun zu wollen, was die diplomatische Lage, die wir durch unsere gestrige Initiative geschaffen haben, erschweren könnte, und das ist für uns vorläufig die Hauptsache. Wir haben es nicht nötig, die Befehung Frankreichs in eine Bestimmung auszu dehnen; wir haben nur einen Druck auf die deutsche Regierung ausüben wollen.

Das „Journal“ schreibt: Marschall Foch hatte gestern abend eine Unterredung mit dem Kriegsminister Desobree. Die deutsche Regierung hat die Befehung der Städte noch nicht angezeigt, hat aber gestern abend im Ministerium des Neuen eine Note überreicht, die nochmals zu beweisen sucht, daß die militärischen Streitkräfte, die sich im Ruhrgebiet befinden, noch 500 Mann unter der Ziffer sind, die im August 1919 Deutschland bewilligt wurden. Es ist überflüssig, über Statistiken zu diskutieren, die jeden Moment geändert werden können. Die gestrige Epilode ist natürlich erst der Anfang; das Ende wird aber bezeichnet durch einen Satz aus dem Briefe des Ministerpräsidenten Millerand an den deutschen Geschäftsträger, der besagt, daß die französischen Truppen zurückgezogen werden, sobald die neutrale Zone von den Deutschen geräumt ist. Vom nächsten Sonnabend, den 10. April, ab hat Deutschland sowieso kein Recht, Truppen in der neutralen Zone zu halten. Jedenfalls ist die gegenwärtige Probe eine gute Probe auf die Bereitwilligkeit Deutschlands überhaupt, den Friedensvertrag zu erfüllen. Wir müssen unseren Mitiertern beweisen, daß wir eben noch ganz andere Sachen notwendig haben, als lediglich den freien Papier des Vertrages von Versailles.

In ähnlicher Weise drückt sich Andres Ardren im „Petit Parisien“ aus, wo er zum Schluß schreibt: Damit aber die Dehre Früchte trage, müssen die Mitiertern heute wie gestern einig zusammenstehen. Frankreich, das den Gefahren einer unangenehmen Nachbarschaft ausgesetzt ist, hat ein volles Recht dazu, allen Mitiertern eine gemeinsame Notwendigkeit ins Gedächtnis zu rufen. Frankreich ist zu allererst daran interessiert, daß Deutschland den Vertrag innehält, aber es ist nicht allein interessiert, sondern alle seine Mitiertern.

Das „Echo de Paris“ stellt fest, daß die Antworten der Mitiertern auf die Mitteilung des französischen Ministerpräsidenten